

Abtreibung ist Frauenrecht

In der Diskussion um die Abtreibungspille Mifegyne präsentieren die Erzkonservativen in Kirche, ÖVP, FPÖ und andere radikale Abtreibungsgegner ihre frauenverachtende Ideenwelt. Da war von „Hüterideologie“ (Maria Rauch-Kallat), von „Henkern“ (Kurt Krenn), der „Todesstrafe“ (Karl Habsburg) und anderen verbrecherischen Vergleichen die Rede.

Claudia Sorger,
SOV-Frauenstammtisch

Das Extremste der frauenfeindlichen Einstellungen findet sich bei den radikalen selbsternannten „Lebensschützern“, die Frauen seit dem „Marsch für das Leben“ vor zwei Jahren beinahe tagtäglich terrorisieren. Dazu gehören Organisationen

wie „Pro-Life“, „Human Life International“ und „Jugend für das Leben“. Ihre Mittel sind blanker Terror: Von Plastikembryonen, blutigen Videos, Bildern von verstümmelten Embryonen (die nichts mit einer Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten zu tun haben) bis zu Vergleichen mit dem Holocaust. Als Folgen der Abtreibung werden

neben lebenslänglichen psychischen und physischen Folgen für die Frauen („lebenslange Schuldgefühle“, „Selbstmordgedanken“,...) auch Auswirkungen auf die Wirtschaft („Vertrauensschwund gegenüber den Regierungen“) prophezeit.

„Lebensschützer“ als Mörder

Trotz dieser reaktionären Meldungen besteht große Einigkeit über die Fristenlösung, die vor 25 Jahren im Parlament gegen massiven Widerstand von ÖVP und FPÖ beschlossen wurde. Nur Kirche und „Lebensschützer“ sagen heute, daß sie in die Zeit zurück wollen, wo Frauen unter den Händen von Kurfürstern und EngelmacherInnen starben, wo heimlich Adressen weitergereicht wurden und sogar noch in den 60ern bis zu 300 Frauen jährlich gerichtlich verurteilt wurden. In der aktuellen Diskussion geht jedoch unter, daß es Frauen, die sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, immer noch schwer gemacht wird. Das liegt einerseits an den Kosten, die von 6.000 öS bis zu 15.000 öS reichen und andererseits an der Situation in manchen Bundesländern. Zum Beispiel in Vorarlberg, wo es – wegen ÖVP und Kirche – keine einzige offizielle Adresse von ÄrztInnen gibt, die Abtreibungen durchführen.

Kampf den reaktionären Moralaposteln!

Aber auch der moralische Druck, der auf Frauen ausgeübt wird, ist nicht zu unterschätzen. Abtreibung ist nach wie vor ein Tabuthema und Frauen passiert es noch immer, daß sie entrüstete Gesichter zu sehen bekommen, wenn sie „zugeben“, selbst abgetrieben zu haben. In der Diskussion um Mifegyne waren schon öfters Bedenken zu hören, daß es dann den Frauen zu leicht gemacht werden könnte. Die Frauen werden damit in Richtung Unmündigkeit gerückt. Sie sollen „zumindest“ durch eine schmerzhafteste Prozedur bestraft werden. Und so fühlt man/frau sich in der Diskussion immer noch bemüht zu betonen, daß es sicher keiner Frau Spaß macht, ei-

nen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.

So absurd diese Menschen, die einem Film von Monty Python entspringen sein könnten, wirken – sie terrorisieren tagtäglich Frauen vor dem Ambulatorium am Fleischmarkt (Ambulatorium für Schwangerenilfe und Sexualmedizin, wo Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden). Immerhin haben es die radikalen Abtreibungsgegner geschafft, daß wieder über die Fristenlösung diskutiert wird. Nicht nur die Hardcore-Kleriker wie Laun und Küng (die übrigens „Human Life International“ aktiv unterstützen), sondern auch die sogenannten „gemäßigten“ Kirchenvertreter wie Schönborn wollen die Prozedur eines Schwangerschaftsabbruches erschweren, indem sie die verpflichtende Beratung erweitern wollen und die Trennung von abtreibendem und beratendem Arzt fordern. Und abseits der Kirche fordern jetzt auch manche Gynäkologen eine Verkürzung der Frist von 12 auf 8 Wochen. Diese noch kürzere Frist würde den Druck auf die Frauen weiter erhöhen – jegliche Verschärfung der Situation wäre ein Triumph der frauenfeindlichen Reaktionäre. Was jetzt gefordert werden muß, ist eine Verbesserung der bestehenden Möglichkeiten, um es den Frauen, die ungewollt schwanger sind und sich für eine Abtreibung entscheiden, in dieser schwierigen Situation so leicht wie möglich zu machen.

Gegenkundgebung der SOV

Am Freitag, den 22.1. marschierten sie wieder einmal durch die Stadt, die großteils älteren Männer und Frauen von „Human Life International“, bewaffnet mit Marienbildern und Plastikembryonen, um angeführt von Pfarrer Dietmar Fischer betend und singend gegen den „Abtreibungs-Holocaust“ zu wettern. In einer Lichterprozession zogen sie nach einer Messe in der Franziskanerkirche zur Abtreibungsklinik am Fleischmarkt, wo sie lautstark von einer Gegenkundgebung, an der auch die SOV maßgeblich beteiligt war, empfangen wurden. Mit Sprechchören wie „Abtreibung ist

Frauenrecht – bei Pro-Life, da wird uns schlecht!“, „Abtreibung auf Krankschein, das muß sein, das muß sein!“ und „Weg mit dem Terrorzentrum!“ u.s.w. schafften wir es zumindest, den Singsang der Knieenden empfindlich zu stören. Da bekanntlich Menschen, die lange Zeit auf den Knien das „Allerheiligste“ anbeten, beachtliche Ausdauer besitzen, wird dies nicht der letzte Auftritt bzw. das letzte Aufknieen gewesen sein. Durch weitere Aktionen müssen wir sie daran hindern. Das Terrorzentrum („Lebenszentrum“) muß weg!

Die SOV fordert:

- Kostenlose Abtreibung auf Krankschein!
- Abtreibungsmöglichkeit in jedem Krankenhaus – Abtreibungskliniken in jedem Bundesland!
- Weg mit dem Terrorzentrum von „Pro Life“ in der Postgasse!
- Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln!

Aus dem Inhalt:

Seite 2
Superwahljahr 1999

Seite 3
Wiener Stadtwerke

Seite 4/5
EURO

Seite 6
Sport & Nationalstolz

Seite 7
Wahlen in Kasachstan

Seite 8
FPÖ



Resolution des SOV-Bundesvorstandes zum Wahljahr 1999

Tritt die SOV an?

Kandidieren im Superwahljahr 1999?

1) Kristallisationspunkte politischer Auseinandersetzungen, werden im Jahr 1999 vor allem in den Wahlgängen auf den unterschiedlichsten Ebenen bestehen. Niedrige Wahlbeteiligung und ein hoher Proteststimmanteil bleiben ein wichtiges Element, das Fehlen einer starken linken Alternative allerdings das Wichtigste. Das Nichtvorhandenseins einer solchen Kraft, bedeutet, daß mit der FPÖ weiter zu rechnen ist. Die Regierung betreibt in vielen Punkten selbst jene Politik, die die FPÖ fordert und schafft dadurch gleichzeitig für die FPÖ immer wieder neue Ansätze und Möglichkeiten „zu punkten“.

2) Im Zentrum dieser Entwicklung steht die SPÖ selbst, die sich „zur besseren“ bürgerlichen Partei gewandelt hat und nichts mehr mit der Sozialdemokratie der z.B. 70er Jahre gemeinsam hat. Dieser Umstand, kombiniert mit der Sackgasse in der „Sozialpartnerschaftspolitik“ des ÖGB geführt hat ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die FPÖ selbst in der „Rosenstingl-Ära“ weiter punkten kann. Die Grünen haben eine Entwicklung durchgemacht, die sich in Kärnten gut ausdrückt: Das dortige gemeinsame Antreten mit den Liberalen in Kärnten, zeigt die ideologische Nähe die bei diesen Strömungen zwischen besteht.

3) Eine kämpferische, linke Alternative müßte bei den wachsenden sozialen Widersprüchen und der breiten Ablehnung des politischen Systems durch immer mehr ArbeitnehmerInnen, Frauen, MigrantInnen und Jugendliche ansetzen. Wir sind der Meinung, daß der Aufbau einer neuen internationalen sozialistischen Bewegung dringend notwendig geworden ist. Eine solche Alternative, bzw. Ansätze dafür, haben auch die Verantwortung sich Wahlen zu stellen.

4) Die SOV hat ihre Bereitschaft ein linkes Wahlbündnis mit zu initiieren klar erklärt. Als einzige Kraft hat die KPÖ darauf reagiert, allerdings insofern abschlägig, als sie gegenüber einer gemein-

samen Kandidatur von KPÖ und SOV in jedem Fall die Eigenkandidatur vorzieht und auch im Falle einer breiteren bündnispolitischen Variante auf den Listennamen KPÖ (mit einem Zusatz) besteht. Die KPÖ verunmöglicht so jedes Wahlprojekt – das ist insofern schade, weil wir viele KPÖ-GenossInnen kennen, die ein solches begrüßen würden.

5) Die KPÖ wird so ihrer Verantwortung, eine linke Alternative aufzubauen, in vielen Punkten nicht gerecht und wir sehen auch den politischen Hintergrund dafür: In drei wesentlichen Fragen setzt sie strategisch auf falsche/fiktive Bündnispartner: Im Kampf gegen EURO/Maastricht-Sozialabbau argumentiert sie nationalistisch geführt, im Kampf um Arbeitszeitverkürzung lehnt sie sich an das Flexibilisierungsmodell der französischen Regierung an und in der Frauenpolitik unterzeichnete sie die gemeinsame Charta nicht nur mit SPÖ und Grünen, sondern auch mit LIF und ÖVP. Tatsächlich isoliert diese Politik die KPÖ selbst und die Linke im Allgemeinen dadurch, daß sie ungeeignet ist, die Basis für eine kämpferische Opposition zu schaffen. Dramatisch drückt sich diese Isolation dann letztlich auch auf der Wahlbene aus: Einerseits findet die KPÖ de facto keinen Bündnispartner in den oben beschriebenen Politikfeldern, andererseits erhebt die KPÖ trotz allem im Bereich der Linken einen Alleinvertretungsanspruch. Konkret drückt sich dieser auch in der Ablehnung des KPÖ-Bundesvorstandes aus, mit der SOV ein gleichberechtigtes bündnispolitisches Projekt zu versuchen. Das Gesamtergebnis einer solchen Politik sind Wahlkämpfe ohne Dynamik und eine KPÖ ohne Perspektiven.

6) Unser Selbstverständnis bedeutet in das politische Leben als sozialistische Kraft mit allen – bescheidenen – Mitteln einzugreifen – und besteht nicht darin Entwicklungen zu betrauern. Das schließt selbstverständlich auch die Ebene der Wahlen mit ein. Die SOV ist in der Frage der Form des Antretens prinzi-

piell flexibel: Bündnisse gehören ebenso dazu wie eigenständiges Antreten.

7) Wir sind der Überzeugung, daß reale gesellschaftliche Veränderungen nicht über Parlamente geschehen, sondern erkämpft werden müssen.

Wir denken, daß Linke/SozialistInnen ein Antreten bei Wahlen (und eventuelle Mandate) nur in diesem Sinne nutzen sollten und keinesfalls kapitalistische „Sackzwänge“ als Richtschnur akzeptieren können. Wir denken, daß Linke und SozialistInnen bei bestehenden Bewegungen und Kämpfen ansetzen sollten und den Anspruch einer grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung auch in ihrem Auftreten deutlich machen müssen. In diesem Zusammenhang betrachten wir z.B. unsere Forderung „Facharbeiterlohn für Funktionäre“ als hochaktuell.

8) Die SOV diskutiert aus all diesen Gründen eine Eigenkandidatur im Superwahljahr 1999. Doch selbst die einzig irgendetwas realistische Variante – ein Antreten im Wahlkreis Wien bei den Nationalratswahlen – würde eine ungeheure politische und organisatorische Kraftanstrengung bedeuten.

Wenn wir antreten, dann ginge es rein darum ein Signal für die Handlungsfähigkeit von SozialistInnen zu setzen – das reale Stimmenergebnis wäre völlig unerheblich. Eine wesentliche Hürde würde bereits im Aufbringen der 500 notwendigen, beglaubigten (!) Unterschriften bestehen.

Entscheidend in unserer Positionsfindung wird auch die Meinung unserer SympathisantInnen und LeserInnen sein, die wir auffordern sich schriftlich, mündlich oder telefonisch in diesen Prozeß aktiv mit einzuschalten.

Die Linke und das Superwahljahr '99
Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen verschiedener linker Organisationen/Parteien
17.2.99 um 18.00
Amerlinghaus
Stiftg. 8, 1070 Wien

Stoppt die FPÖ!

Kärnten wählt!

Fortsetzung von Seite 8

Die „große Rolle“ der FPÖ hat in erster Linie mit dem Versagen der anderen Parteien und dem Fehlen einer linken Alternative zu tun.

Wahlhelferin SPÖ?

Im Mittelpunkt steht hier die SPÖ, die sich historisch wie aktuell durch ein dubioses Verhältnis zur FPÖ „auszeichnet“: Auch Ausserwinkler verhandelte in der sogenannten „Brunellorunde“ (1994) mit der FPÖ und meint, sich bei einem jetzigen freihetlichen Wahlsieg einem Landeshauptmann Haider fügen zu müssen. Die SPÖ – sie verlor 1994 rund 14 % – hat in den letzten Jahren immer wieder bewiesen, daß sie kein Konzept hat, Haider politisch wie organisatorisch zu stoppen. Politisch katastrophal ist auch das gemeinsame „Demokratie“-Projekt, daß die Grünen mit dem (Neo)Liberalen Forum geschmiedet haben. Dieses wird leider auch von wichtigen VertreterInnen der slowenischen Minderheit unterstützt. Jede Stimme für dieses Bündnis geht zu 50% an die (Neo)Liberalen. Von vorneherein wurde damit von den Grünen und den linken SlowenInnenvertreterInnen jeder Anspruch auf eine notwendige Alternative zu Rechtsruck und Sozialabbau aufgegeben.

Perspektive

Welche konkrete Konstellation das Kärnter Ergebnis mit sich bringt ist nicht klar: Auch ein (rechts-) populistischer „Landesvater“ Zernatto von SPÖ und/oder FPÖ – Gnaden ist möglich. Im erfolgreichen Taktieren hat dieser schließlich Erfahrung: Immerhin wählte er Haider 1989 zum

Landeshauptmann um das Amt 1991 selbst zu übernehmen. Wenn die FPÖ tatsächlich stärkste Partei werden sollte, wäre das in jedem Fall auch für die Bundesebene prägend. Ein Landeshauptmann Haider wäre vor allem für die SPÖ eine schwere Niederlage und würde Klimas Image ankratzen. Aber selbst wenn ein stimmenstärkster Haider nicht in diese Funktion gewählt würde, wäre



Haider erledigen - aber wie?

eine daraus konstruierte „Märtyrrolle“ ein nicht zu verachtender Wahlkampfschlager für die FPÖ. Auf der Hand liegt, daß die FPÖ sich nicht von selbst erledigt und diese Arbeit auch von keiner der anderen Parteien getan wird. Ein Indiz dafür ist, daß niemand die Sozialabbau und Privatisierungspolitik von Haider als Landeshauptmann zum Wahlkampfthema macht, ebenso wie seine gebrochenen Arbeitsplatzversprechungen gegenüber den – inzwischen arbeitslosen – KollegInnen des Werks in St. Magdalen.

DoppelstaatsbürgerInnenchaftsdiskussion

Kampf für gleiche Rechte

In Österreich preschte Innenminister Schlögl in der Diskussion vor und erklärte, daß eine doppelte Staatsbürgerschaft „bei uns nicht denkbar wäre. In Deutschland starten CDU und CSU in rechtsextremem Manier eine Kampagne gegen die „Doppelstaatsbürgerschaft. Wir fordern: „Gleiche Rechte für Alle!“

Harald Mahrer
SOV Wien-West

Die CDU/CSU-Spitze überschlug sich förmlich, ob der Pläne der neuen Regierung, die DoppelstaatsbürgerInnenchaft einzuführen. Von importiertem Terrorismus und Bürgerkrieg war da gar die Rede. Deutschland hat(te) eines der strengsten StaatsbürgerInnenrechte der Welt, das sich fast ausschließlich am sogenannten „Blutrecht“ orientiert. Deutsche kann vor allem sein, wer einen

deutschen Stammbaum nachweisen kann, ansonsten wird's schwer: Das führte zu absurden Situationen, unter anderem versuchten MigrantInnen aus Osteuropa mit regelrechten „Ahnenpässen“ einen deutschen Großvater nachzuweisen, um dann problemlos an die deutsche Staatsbürgerschaft zu kommen. Historisch führte das Blutrecht in letzter Konsequenz zur „Rassenpolitik der Nazis“. Nach dem zweiten Weltkrieg „überlebte“ es vor allem in Form von enorme Fristen für die Einbürgerung von MigrantInnen. Österreich verfolgt diesbezüglich eine ähnliche Linie, wenn auch mit kürzeren Fristen.

Dem Staat bedingungslos unterworfen ...

Die bestehenden Gesetze in Deutschland und Österreich – die eine Doppelstaatsbürgerschaft verbieten – fordern die absolute Loyalität

dem Staat gegenüber. Die Argumentation: Ein Mensch kann nicht zwei Staaten loyal gegenüber sein. Die rot-grünen „Linken“ bemühen sich sofort, zu versichern, daß nur verfassungstreuen, deutschsprachigen und integrationswilligen MigrantInnen

Möglichkeit (!) einer Doppelstaatsangehörigkeit zu haben. Die iranische Staatsangehörigkeit etwa ist unauflöslich, an die türkische ist das Erbrecht von Grund und Boden gekoppelt. Daher können oder wollen viele die alte Staatsangehörigkeit



Gleiche Rechte müssen erkämpft werden

die Einbürgerung gewährt würde. Die Forderung nach Verfassungstreue und Loyalität dem Staat gegenüber bedeutet die bedingungslose „Integration“ – sprich – politische und kulturelle Unterordnung – unter die bestehenden Verhältnisse.

Für die MigrantInnen ist es aus verschiedenen Gründen wichtig, die

nicht aufgeben. Manche Menschen wollen eventuell auch wieder zurückkehren. Auf der anderen Seite brauchen diese Menschen, wenn sie längere Zeit in Deutschland leben und arbeiten, die deutsche Staatsangehörigkeit, weil ihnen ohne einer solchen soziale und politische Rechte verwehrt werden.

Der Haken liegt im Detail. Erstens sind die Fristen immer noch sehr lang (8 Jahre), zweitens gibt es keine Verbesserung beim Aufenthaltsrecht für jene Menschen, die weniger als 8 Jahre in Deutschland leben. Drittens sind der Willkür Tür und Tor geöffnet: Ein Verkehrsunfall oder die Teilnahme an einer linken Demonstration reichen aus, um die Einbürgerung zu verwehren. Völlig ungeklärt ist, wer feststellen soll, was ausreichende Sprachkenntnisse sind.

Die volle Gleichstellung aller

Die Reform in Deutschland ist zwar ein Fortschritt, aber noch lange keine Lösung. In Österreich wird über eine solche Reform erst gar nicht diskutiert. Die volle soziale, rechtliche und politische Gleichstellung aller längere Zeit in Österreich lebender Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit ist unsere zentrale Forderung. Gerade die Linke und die ArbeiterInnenbewegung darf nicht auf diese „Loyalitätsdebatte“ hereinfallen, denn wie Karl Marx es formuliert: „Der Arbeiter hat kein Vaterland!“

Impressum:
Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/1
Die SOV ist eine politische Partei, deren Vertretung nach außen durch den Bundesvorsitz John Evers erfolgt, der ebenfalls die Redaktion der Zeitung Vorwärts innehat.
Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne von Staat und Programmatik der SOV
Auflage: entsprechend der Themen unterschiedlich
Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/1
Weiters zu 100 % befindet sich im Besitz der SOV die sozialistische Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ sowie das Magazin „Vorwärts extra“
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Diskussion um Vollbeschäftigung

Arbeitszeitverkürzung jetzt!

SPÖ und ÖVP haben das Thema Arbeitslosigkeit als PR-Thema entdeckt. Aber die schönste Klimarede ist heiße Luft! Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung würde tatsächlich Arbeitsplätze schaffen. Warum aber fordern gerade „wir“ als SozialistInnen Arbeit? Und kein „arbeitsfreies Grundeinkommen“ so wie es Grüne und Liberale (mit unterschiedlichen Akzenten) tun?

Michael Gehmacher
SOV-Gewerkschaftssprecher

Viele fortschrittliche Menschen sehen in der Forderung nach arbeitsfreiem Grundeinkommen einen Weg sich der Ausbeutung durch Erwerbsarbeit zu entziehen. Und meinen im Gegenzug, daß die Forderung nach Vollbeschäftigung jenen in die Hände arbeitet, die Arbeitslose zu sinnloser Arbeit zwingen wollen.

Arbeit als Wurzel der Ausbeutung?

Liegt also die Wurzel der Ausbeutung in der Arbeit an sich? Die nächste Frage liegt auf der Hand: Was ist eigentlich Arbeit? Arbeit ist eine Summe von Handlungen, die auf einer bestimmten Einsicht beruhen und von einer bestimmten Vorstellung geleitet sind. Durch sie gestaltet der Mensch seine Umwelt. Durch die Arbeit bringen wir nicht nur die Güter und Dienstleistungen hervor die wir zum Leben brauchen, sondern formen die Gesellschaft in der wir leben. Durch die Arbeit bekommt der Mensch Einsicht über die Möglichkeit der schöpferischen Umgestaltung der Natur. Im Wesen der Arbeit steckt also ein schöpferisches Element. Dieses Element wird im Kapitalismus durch Entfremdung

und Ausbeutung zerstört: Das Produkt der „Ware Arbeitskraft“, ist schon im Entstehungsprozeß im Besitz des Unternehmers. Er bestimmt

ihrer Arbeit identifizieren, wenn sie letztlich die Entfremdung und die Ausbeutung akzeptierten. Dies führt dann zu einer Verleugnung der eigenen Identität.

Wer also „Geld“ (sprich Grundeinkommen) fordert ohne auch menschenwürdige Arbeit für alle, die arbeiten wollen, fordert, der verkennet daß das Problem der Entfremdung nicht in der Arbeit an sich liegt, son-

nung nach Vollbeschäftigung für viele nach Utopie klingt. Kein Wunder, daß viele Unternehmer sich mit dieser Forderung anfreunden können. Die Forderung nach Vollbeschäftigung aufzugeben, bedeutet sogenannte kapitalistische Sachzwänge zu akzeptieren. Wichtig ist Einkommensforderungen mit Arbeitszeitverkürzung zu kombinieren, es gibt z.B. keinen Grund warum das Arbeitslosengeld niedriger sein sollte als der Mindestlohn. Unsere Kampagne für die 30-Stundenwoche beinhaltet auch eine Gestaltung der Arbeitswelt. Bei einer niedrigeren Arbeitslosigkeit kann der/die Einzelne schwerer gezwungen werden Arbeit zu verrichten, die er/sie nicht will. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, wie wir sie fordern, bedeutet auch, entscheiden zu können wann man eine längere Zeit seines Lebens frei haben möchte.

Die „AZV“-Kampagne

Unsere Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung wurde inzwischen von mehr als tausend GewerkschafterInnen, Jugendlichen und vor allem auch arbeitslosen KollegInnen und Kollegen unterstützt. Die SOV hat für 1999 beschlossen diese erfolgreiche Kampagne weiterzuführen und hat zu ihrer inhaltlichen wie praktischen Ausgestaltung Ende Jänner ein Treffen abgehalten. Neben vielen kleinen Aktionen, streben wir an die Kampagne zu verbreitern. Ein Schwerpunkt besteht in der Mobilisierung zum Euromarsch nach Köln, der am 29. Mai stattfindet.

Anmeldung unter 01-524 63 10



Metaller wehrten sich gegen Personalabbau

wie, wann und wo gearbeitet wird, welche Produkte erzeugt werden und letztlich auch was damit passiert.

Entfremdung

Arbeit kann also von der überwiegenden Mehrheit der Menschen nicht als schöpferische Tätigkeit empfunden werden. Andersherum heißt das: Die Lohnabhängigen können sich nur dann mit dem Produkt

dem in den kapitalistischen Verhältnissen wurzelt. Der politische Anspruch, die Arbeit von ihrer Entfremdung durch den Kapitalismus zu befreien wird damit aufgegeben.

Ist Vollbeschäftigung „revolutionär“?

Das ist es auch was diese Forderung so „machbar“ im Kapitalismus erscheinen läßt, während die Forde-

Warum ein Fahrschein jetzt öS 19,- kostet ...

Nein zur Ausgliederung!

Am 17.12.1998 wurde im Wiener Gemeinderat die Ausgliederung der Stadtwerke von der SPÖ/ÖVP-Mehrheit beschlossen. Die Gründung einer Holding AG über Gas, Strom, Öffis etc. ist ein entscheidender Schritt hin zur vollständigen Privatisierung. Gas- und Stromwerke, Wiener Linien u.a. sind dann nur noch dazu da, für reiche Anleger Profit abzuwerfen. Der eigentliche Zweck, die Versorgung der Bevölkerung, ist für eine AG nebensächlich.

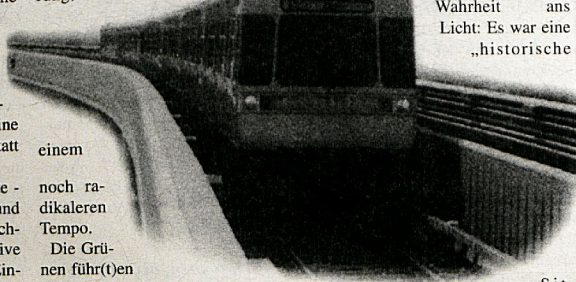
Franz Braier jun.
SOV Wien-Nord

Die Folgen sind dienstrechnische Verschlechterungen für künftige ArbeitnehmerInnen, sinkende Jobsicherheit, Personalabbau, und schlechteres Service für die KundInnen. Vorallem die Verteuerung der Tarife schlug ein wie eine Bombe. Ein Fahrschein kostet statt öS 17,- jetzt öS 19,-!

Peinlich und konzeptlos reagierte neben dem Schweigen von AK und ÖGB - die Österreichische Hochschülerschaft (bzw. die konservative Studentenpartei AG) die die Einführung von verpflichtenden (!) und dafür etwas ermäßigten Tickets für alle (!) StudentInnen forderten. Wir bleiben dabei: Der Nulltarif für Alle ist das einzig soziale und ökologische Konzept!

Der Umwandlungsbeschuß fiel ge-

gen die Stimmen von FPÖ, LiF und Grüne. Jedoch sind FPÖ und LiF natürlich für die Privatisierung, nur mit



einem

noch radikaleren Tempo.

Die Grünen führ(t)en keinen konsequenten Kampf gegen die Privatisierungsgelüste von SPÖ, ÖVP inklusive FPÖ-„Opposition“. Ihr Vertreter im zuständigen Ausschuß war der Christoph Chorrer, der grundsätzlich nichts gegen Privatisierung hat!

Widerstand im Interessen der DienstnehmerInnen der Stadtwerke

ist auch von den Spitzen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) leider nicht zu erwarten.

Ihr Chef, Hundstorfer (SPÖ), ist gleichzeitig Gemeinderatsvorsitzender und für die Ausgliederung/Privatisierung.

In einem groben Versprecher seinerseits kam jedoch die grundsätzliche Wahrheit ans Licht: Es war eine „historische

Sit-

zung, mit der eine Ära der Kommunalverwaltung mit hervorragenden Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu Ende geht.“

Wien als Beispiel neoliberaler Politik

Dem neoliberalen Beispiel Wiens folgt nun auch die ebenso SP-dominierte Linzer Stadtregierung. Es ist die Gründung einer Holding und damit Ausgliederung aus dem Stadtbudget für eine Reihe der städtischen Betriebe - inklusive AKH - geplant. Die SPÖ ist mittlerweile zur Speerspitze neoliberaler arbeitnehmerInnenfeindlicher Politik geworden. Sie zerstört diejenigen Errungenschaften, an denen die SPÖ damals groß wurde. Das nächste Großprojekt

liegt schon in den Schubläden: Die Privatisierung des Gesundheitsbereiches. Internationale Beispiele zeigen, welch rigorose Verschlechterungen das für PatientInnen und Beschäftigte bringt. Widerstand von unten wird immer wichtiger, geht es doch unter anderem um die eigene Gesundheit und Krankenversorgung. Auch der kommunale Wohnbau wird angegriffen werden.

Wir fordern die Rücknahme der Ausgliederung - kein Ausverkauf städtischer Betriebe und Nulltarif auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln!

Vom Spenden

Familie Habsburg und das liebe Geld

Ali Kropf
SOV-Finanzverantwortlicher

Nun mag man sich die Frage stellen was die monarchistische Paneuropa-Bewegung und die EU-Kandidatur des „Kaiserenkels“ mit einer „Kinderhilfsorganisation“ zu tun haben? Auf den ersten Blick sicherlich nicht allzuviel. Auch ist es nichts ungewöhnliches, daß sich Politiker in Wahlkampfzeiten gerne in die Nähe karitativer Organisationen rücken, um ihr „menschliches“ Antlitz in den Vordergrund zu stellen. Der Unterschied ist nur, daß sich der „Kaiserenkel“ nicht nur in die Nähe der „Kinderhilfsorganisation“ World-Vision gestellt hat, sondern sich auch gleich einen Teil seines EU-Wahlkampfes von World-Vision hat bezahlen lassen. So spendeten viele Menschen im Glauben daran, armen Kindern zu helfen und halfen aber doch nur „verwaisten“ Monarchen ohne Herrschaftsgebiet. Wäre es da nicht gescheiter gewesen, gleich eine eigene Hilfsorganisation zu gründen, wie „K. u. K.“ - was soviel heißt wie: Kuchen für Karli.

Also stellt sich vielmehr die Frage, warum Karl Habsburg für seinen Wahlkampf Spendengelder, das für notleidende Kinder bestimmt war, bekommen hat. Da werden natürlich sofort Erinnerung wach, als der ÖVP-Mandatar Karl Habsburg glaubte sein „Kinderspielzeug“ - sprich wertvollen Schmuck - an der österreichischen Grenze nicht ver-



Ohne Worte

zollen zu müssen. Das läßt letztendlich den Schluß zu, daß der „Kaiserenkel“ entweder knapp bei Kasse oder nicht gerade der „hellste“ ist. Aber gerade diese Vermutungen beweisen wiederum, in welch naheem Verhältnis Karl Habsburg zu seinen Vorfahren steht, auf die sich rechtskonservative Kreise so gerne berufen. Nämlich zu „historischen“ Größen wie „Ferdinand dem Gütigen“ und „Friedrich mit der leeren Tasche“.

Die SOV braucht sich nicht hinter dubiosen Hilfsorganisationen zu verstecken. Ganz im Gegenteil, wir sagen klipp und klar, wofür wir die Spenden unserer SympathisantInnen brauchen und verwenden - um unser Konzept „Sozialismus und Solidarität“ zu verteidigen und auch weiterhin „konkurrenz- und wettbewerbsfähig“ gegenüber den Angriffen der Regierung und Unternehmer zu bleiben.

Unsere Kontonummer:
PSK 88112.733

Der Euro ist da! Ist der Euro da?

Der Euro – beinhart gegen

1999 begannen die Regierenden mit noch mehr Feierlichkeiten als üblich: Europa feierte die Einführung seiner neuen, gemeinsamen Währung – der Euro ist geboren. Nachdem die erste Euphorie verfliegen ist, kehrt Europa nun zur nüchternen Realität von Massenarbeitslosigkeit und Sparpolitik zurück. Wird der Euro all die Versprechen „halten“, die Politiker und Wirtschaftswissenschaftler im Vorfeld abgegeben haben?

Sonja Grusch
SOV Wien-Nord

Der Euro, der vorerst nur als Buchgeld existiert, soll im Jahre 2002 auch in Form von Scheinen und Münzen vorliegen. Dann könnten die EuropäerInnen im vereinten Europa – tatsächlich „Dritteuropa“, ohne Oststaaten, Griechenland, ... – mit der gemeinsamen Währung bezahlen. Dadurch soll Europa als Wirtschaftsmacht international gestärkt, die Konjunktur in Europa angekurbelt und auf diesem Weg auch die Arbeitslosigkeit, von der in Europa über 20 Millionen Menschen betroffen sind, reduziert werden.

So sieht das Bild aus, daß uns mittels staatlicher und privater Propaganda in ganz Europa gezeichnet wird. (Nebenbei bemerkt: Mit dem Geld für all die Plakate, Werbespots etc. hätte sich viel Sinnvolleres machen lassen.)

Faktor Zeitpunkt

Tatsache ist allerdings, daß der Euro zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt eingeführt wird. „Der Weltwirtschaft steht 1999 ein turbulentes Jahr bevor, das die Schwierigkeiten während der letzten 12 Monate noch in den Schatten stellen wird“, meint der Ökonom Graham Turner (zitiert im britischen Guardian vom 11.1.99). Entwicklungen, die die Asienkrise, die Rußlandkrise und die beginnende Krise in Lateinamerika (Afrika wird offiziell ohnehin schon seit langem ignoriert, wenn es um wirtschaftliche Entwicklungen geht)

übertreffen, können an Europa nicht spurlos vorbeigehen. In den USA ist der Konjunkturföhhepunkt längst



Edlinger: Ewiger Sparkurs?

überschritten und die Prognosen für 1999 fallen mit einer Halbierung gegenüber 1998 mager aus. Japan, neben den USA ebenfalls ein wichtiger Handelspartner Europas, kommt seit Anfang der 90er Jahre trotz mehrerer staatlicher Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft nicht aus der

Krise. Die tiefe Rezession, vor der die Weltwirtschaft steht, wird von ihren Ausmaßen nicht mit den relativ geringen Einbrüchen der 80er und 90er Jahre zu vergleichen sein, sondern eher den Umfang der Weltwirtschaftskrise von 73/74 oder sogar der tiefen Depression der 30er Jahre haben.

Auch für die EU wurden die Prognosen für 1999 in den letzten Monaten nach unten revidiert – und liegen nun zwischen 1,25 (Lombard Street Research) und 2,4 % (WIFO). Und selbst die deutsche Wirtschaft – Motor der EU – wird 1999 um gerade 1,4 % (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) wachsen. (Ökonomen gehen übrigens davon aus, daß mindestens ein Wirtschaftswachstum von 3 % nötig ist, um die Arbeitslosigkeit auch nur stabil zu halten). Darüberhinaus werden die kommenden Kürzungsmaßnahmen, die durch das fälschlicherweise „Stabilitätspakt“ genannte Abkommen als notwendig erklärt werden, den Abschwung in Europa verstärken.

Der Startschuß für den Euro wird also zu einem Zeitpunkt gesetzt, an dem sich Europa an der Schwelle zu einer Rezession befindet, die das Projekt Euro in seine Grundfesten erschüttern wird. Eine Wirtschaftskrise in Europa ist auch eine Krise für den Euro.

Der Euro – für und gegen wen?

Die Europäische Union (EU) ist weder ein Projekt für Frieden (bei der „Lösung“ der Balkankonflikte hat sich die EU als unfähig erwiesen und auch in Mitgliedsstaaten der EU gab und gibt es bewaffnete Konflikte – wie Nordirland, Spanien) noch eines für ein soziales Europa (steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Obdachlosigkeit, Druck auf Mitglieder und Beitrittswerber Sozialkürzungspogranne durchzuführen...).

Die momentane EU-Integration ist ein verzweifelter Versuch der europäischen Kapitalisten, ihre Profite zu retten. Die Märkte werden für den Kapitalismus international immer enger, es wird immer schwieriger, die fundamentale Unausgeglichen-

Schlagobers allerdings durchaus zu erreichen war. Dann ging es weiter mit Senkung bzw. Wegfall von Bankspesen und Wechselgebühren – beide sind allerdings drastisch gestiegen. Aber das findet auch Finanzstaatssekretär Rutenstorfer nicht gut



Euro – Österreichisches Design – neoliberales Konzept

heit zwischen Kaufkraft und Überangebot zu lösen. Aus der Notwendigkeit, für ihre Produkte Absatzmöglichkeiten zu finden, haben sich die europäischen Kapitalisten in der EU zusammengeschlossen. Die Europäische Währungsunion (EWU), die ja nicht nur aus dem Euro an sich, sondern v.a. auch aus den damit verbundenen „Vorleistungen“ und „Begleitmaßnahmen“ – Vertrag von Maastricht und Stabilitätspakt – besteht, schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe:

Durch die gemeinsame Währung können(ten) Europas Unternehmer auf dem Weltmarkt stärker auftreten und sich v.a. gegen die zwei anderen Blöcke – USA und Japan – als eigener Block behaupten. Abgesehen davon bietet der Euro, neben der „Globalisierung“, ein „wunderbares“ Argument, um die Produktionskosten innerhalb Europas zu senken und damit europäische Produkte am Weltmarkt billiger zu machen. In der Praxis bedeutet das Rückgänge bei den Reallohnen, verstärkten Arbeitsdruck, Rationalisierung und damit Arbeitsplatzabbau von Seiten der Unternehmen direkt sowie Sozialabbau und Steuererhöhungen von Seiten des Staates. Die Erfüllung der „Konvergenzkriterien“ führte in den 90er Jahren in ganz Europa zu einer beispiellosen Umverteilung von unten nach oben – Betriebe wurden steuerlich ent-, ArbeitnehmerInnen belastet, die Sozialstaaten wurden ab-, für die Unternehmen Förderungen ausgebaut, mit den Schlagworten „Wettbewerbsfähigkeit“ wurden die Beschäftigten „flexibilisiert“ und „dereguliert“ also verfügbarer und rechtloser gemacht.

Viel versprochen, nix gehalten

Um in der Bevölkerung Unterstützung für die EU und später den Euro zu sparten, die PolitikerInnen nicht mit obskuren Versprechen. Das begann mit dem Ederer-Tausender – der mittels literarischem Konsum von

und will deswegen „mit den Banken weiter verhandeln“. Das neueste Versprechen, daß durch den Euro die Arbeitslosigkeit sinken würde, wirkt angesichts der bisherigen „Erfolge“ eher als Drohung, denn als Hoffnung.

Die Prognosen europäischer aber auch österreichischer Wirtschaftsforscher, die meinen, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren zurückgehen werde, müssen als reiner Zweckoptimismus gewertet werden (1999 finden nicht nur die Wahlen zum Europa-Parlament sondern auch Nationalratswahlen statt). Bei rückläufigem Wirtschaftswachstum, damit sinkenden Staatseinnahmen aber gleichzeitig steigenden Staatsausgaben (u.a. Arbeitslosengeld!), ist es logisch nicht nachvollziehbar, wo und wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen (Anmerkung: Außer es gelänge eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personal – Ausgleich durchzusetzen). Was bleibt ist das Prinzip „Mache aus einem Vollzeitarbeitsplatz zwei schlechtbezahlte Teilzeitarbeitsplätze“ und erzeuge so – trotz Arbeitslosenrekorden – den höchsten Beschäftigtenstand in der Geschichte der 2. Republik.

Das neue, rosarote Europa

Aber halt, die Zeiten des neoliberalen, Brutalo-Kapitalismus sind in Europa doch vorbei, denn nun wird die Mehrheit der Staaten der EU von Sozialdemokraten (mit-)regiert. Und die haben ja angekündigt, daß es ihnen auch um die „Sozialunion“ gehe, daß der Mensch im Mittelpunkt stehen müsse und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ganz oben auf ihrem Wunschzettel stehe. Schöne Worte, doch die Taten der europäischen Sozialdemokraten sprechen eine andere Sprache – sie waren und sind in ganz Europa in den letzten Jahren und Jahrzehnten an der Demontage der Sozialstaaten ebenso beteiligt wie an der Aufweichung der Regelarbeits-

EU-Kommission – Korruption inklusive...

Die EU-Kommission ist – wie eigentlich zu erwarten war – relativ unbeschadet davon gekommen: Der Mißtrauensantrag im EU-Parlament ging aufgrund parteipolitischer Interessen nicht durch. Und das obwohl Finanz- und Betrugsaffären, Vetternwirtschaft & Co. zum ganz normalen Alltag der EU-Kommission gehören.

von Katja Arthofer,
SOV OG Wien-Mitte

Der strukturelle Aufbau der Europäischen Union bietet den idealen Nährboden für Korruption. Das EU-Parlament hat maximal Einspruchsrecht, die Macht konzentriert sich voll in den Händen der EU-Kommissare. Diese werden für 5 Jahre von jedem Mitgliedsland bestellt. Sie ist eigentlich die Exekutive der EU, hat aber auch das alleinige „Initiativrecht für Gesetzesvorschläge“ – ein Recht, das in allen bürgerlichen Demokratien das Parlament, also die gewählte Vertretung, hat! Theoretisch ist die EU-Kommissi-

on dem EU-Parlament rechen-schaftspflichtig, kann also über ein Mißtrauensvotum von diesem abgesetzt werden. Praktisch kann/wird es dazu aber kaum kommen, da es nur möglich ist, die Kommission als ganze abzuvählen, nicht aber einzelne Mitglieder. Parteipolitisches Kalkül, so wie bei den jüngsten Skandalen, wird das aber meist verhindern. Und auch sonst können die Kommissare schalten und walten wie sie wollen. Fragt man die freundliche Stimme am Europatelefon der österreichischen Bundesregierung, wer eigentlich die EU-Kommission kontrolliert, so bekommt man die lapidare Ant-

wort: „Na eigentlich niemand“... Und das führt dann eben dazu, daß der Zahnarzt der französischen Kommissarin Edith Cresson für diese wissenschaftlich zum Thema Aids arbeitet, ohne aber irgendeine nachvollziehbare Qualifikation nachweisen zu können. Oder daß der Vizepräsident der Kommission, der Spanier Manuel Marin, Gelder, die eigentlich für ein Hilfsprogramm gedacht waren, wahrscheinlich zum Stopfen von Löchern im Personalbudget verwendet hat. Und auch dazu, daß jener Beamte, der diese Skandale aufgedeckt hat, suspendiert wurde, die korrupte Kommission aber noch immer in Amt und Würden ist. Einzelfälle und Zufälle? Sicher nicht! Denn die EU hat offensichtlich die Struktur, die ihr als Instrument zur Wahrung von Unternehmerinteressen entspricht.

en unsere Interessen

zeit (5 Tage pro Woche à 8 Stunden). In Österreich ist unter der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie nicht nur die Verstaatlichung zerschlagen worden, sondern auch die bereinigte Nettolohnquote (die den Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben angibt) 1998 auf einen historischen Tiefpunkt von 45,9 % gefallen (Mitte der 70er Jahre lag sie noch bei über 60 %).

In Frankreich wird unter der „linken“ Jospin-Regierung mit der 35-Stunden-Woche durch die Hintertür die Arbeitszeit massiv flexibilisiert und unter Mithilfe des zuständigen KP-Ministers die Eisenbahn teilprivatisiert. In Britannien behält Blair die Anti-Gewerkschaftsgesetze aus Tory-Zeiten bei und kürzt im Bildungswesen. Und in Deutschland strebt die rot-grüne Regierung ein neues Bündnis für Arbeit an (das in der Praxis Lohnverzicht gegen vage Zusagen der Unternehmer, keine Arbeitsplätze abzubauen, bedeutet).

Illusionen der Gewerkschaften

Vor allem von Gewerkschaftsseite wird aber trotz der Erfahrungen der letzten Jahre mit sozialdemokratischen Regierungen auf „(neo-)keynsianische“ Reformpolitik gehofft. Eine solche Reformpolitik, wie in Zeiten des Nachkriegsaufschwungs (die teilweise, wie in Österreich, bis in

Innen, die EU und den Euro sehen.

Außer Spesen nichts gewesen

Für die ArbeitnehmerInnen, die Jugendlichen, für Frauen und PensionistInnen, für sozial Schwache, Arbeitslose und Obdachlose (ca. 3 Millionen in den EU-Staaten) wird rasch offensichtlich werden, daß der Euro nicht hält, was die Politiker versprochen haben. Bereits vor seiner Einführung gab es zunehmend Widerstand gegen die Euro-Begleitmaßnahmen. Beginnend mit der Streikwelle in Frankreich 1995 gab es eine ganze Reihe erbitterter Kämpfe in Europa, die auch zunehmend einen länderübergreifenden Charakter haben. Neben den größeren Arbeitskämpfen und den Euromarsch-Demonstrationen in Amsterdam, aber auch Wien, fanden eine Reihe lokaler und nationaler Kämpfe statt, wie die SchülerInnenproteste in Griechenland, die auch über die Weihnachtsferien nicht zum Stillstand kamen, die Bauarbeiter in Irland... Um die starren und harten ökonomischen Auflagen für den Euro erfüllen zu können, werden die Nationalstaaten zu weiterem Sozialabbau greifen – und das wird Wut über die große Lüge Euro erzeugen. Selbst der IWF muß zugeben: „Viele werden fragen, ob die EWU die Anstrengungen wert war, wenn sie keine neuen Arbeitsplätze schafft.“

Währungen und ihre Kurse nationale Aufgabe waren, konnte mittels Währungsab- bzw. aufwertung Wirtschaftspolitik betrieben werden. So konnten z.B. mittels Abwertungen die eigenen Exporte im Vergleich zu anderen auf dem Weltmarkt verbilligt werden. Mit der Einführung der gemeinsamen Währung wird aber nun eine für alle Mitgliedsländer gültige einheitliche Währungspolitik gemacht.

Schon jetzt ist die wirtschaftliche Situation und Konstellation in den verschiedenen Staaten aber eine sehr unterschiedliche und auch von einer zukünftigen Krise werden sie unterschiedlich betroffen sein. Schon die Frage der Aufnahme in die Euro-Zone wurde durch die Ausgestaltung der Euro-Kriterien mittels „kreativer Buchführung“ zur Zerreißprobe. Eine einheitliche Währungspolitik, die für alle Staaten „paßt“, ist nicht einmal mittelfristig möglich. Die Rolle der Nationalbanken, die bisher auf nationaler Ebene gegensteuern konnten, wird nun von der Europäischen Zentralbank (EZB) übernommen, die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt und der es nicht erlaubt ist, als „Feuerwehr“ einzuspringen. Der dem Euro immanente Widerspruch ist, daß es den einzelnen Staaten nicht erlaubt ist, unabhängig auf die Krise zu reagieren, obwohl die EWU keine Instrumente bereitstellt, um auf die kommenden – national unterschiedlichen – ökonomischen Schwankungen und Einbrüche zu reagieren.

Kommt der Euro 2002?

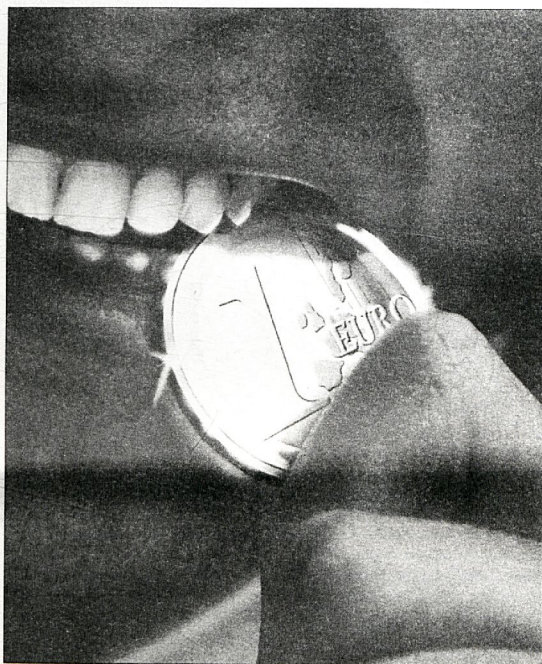
Ob die Euro-Banknoten und Münzen tatsächlich jemals als Zahlungsmittel zum Einsatz kommen, ist zumindest fraglich. Der Druck auf die nationalen Regierungen einerseits und die unterschiedlichen nationalen Interessen andererseits sind starke Kräfte, die zu einem Ausscheren einzelner Staaten und damit einem de facto Scheitern des Euros führen können. Währungsunionen bzw. fixe Wechselkurse waren in der Vergangenheit nie von Dauer: Der Goldstandard vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit scheiterte ebenso wie Bretton Woods und das Europäische Währungssystem (EWS). Sie alle funktionierten zwar in Perioden von Wirtschaftswachstum, brachen aber in Perioden von wirtschaftlicher Depression, von langsamen Wachstumsraten und steigenden sozialen Problemen auseinander. Ein Schicksal, daß auch der EWU blühen kann.

In Krisenzeiten zieht sich das Kapital auf seine Heimatbasen zurück (siehe z.B. den Abzug von japanischen Kapital aus den USA). Der international agierende Kapitalismus basiert auf Nationalstaaten, auf die das Kapital in Krisenzeiten immer wieder zurückgreift – dieser Widerspruch kann auch durch die EU und den Euro nur vorübergehend überwandern werden. Die „Einführung“ des Euro mit dem 1.1.99 bedingt nun

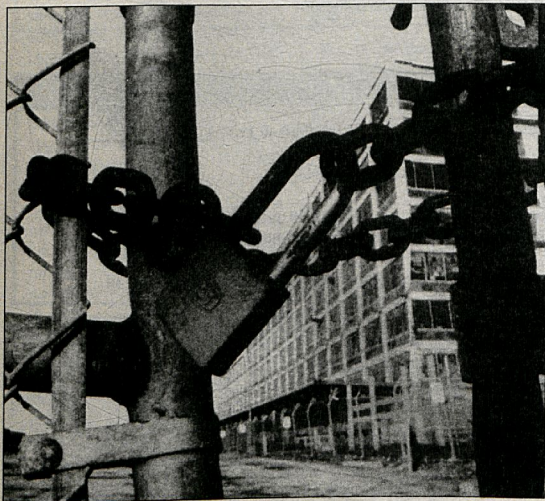
die Beibehaltung fixer Wechselurse zwischen den Euro-Staaten für die nächsten 3 Jahre. Die unterschiedliche ökonomische und soziale Situation und die gegensätzlichen Interessen der verschiedenen nationalstaatlichen Kapitalisten werden die bestehenden Gegensätze vergrößern und zu Spannungen und Spaltungen innerhalb der EWU führen. Bereits jetzt gibt es außer dem Euro nicht

politische Lage polarisieren. Inwiefern die Linke hier eine Rolle spielen wird, hängt davon ab, ob sie sich an den sozialen Auseinandersetzungen im Vorfeld beteiligt, und ob sie tatsächliche Alternativen anbieten kann, die über keynsianische Konzepte und „linken“ Nationalismus hinausgehen.

Eine vereintes Europa ist letztlich ein sozialistisches Konzept. Auf ka-



Karies für das Sozialsystem



Massenarbeitslosigkeit als Markenzeichen der EU

die 70er Jahre durchgezogen wurde), ist heute auszuschließen. Falls es zu vereinzelten Reformen kommen sollte dann 1) nur auf massiven Druck von unten oder 2) wird es sich um „trojanische“ Maßnahmen handeln. Also um solche, wo mit der einen Hand gegeben, und der anderen genommen wird bzw. wo unter dem Deckmantel von Reformen durch die Hintertür Verschlechterungen durchgeführt werden.

Das einzige, was in Europa heute noch rosarot ist, ist die Brille, durch die die sozialdemokratischen Regierungen, aber auch Gewerkschafter-

Der Euro lähmt

Die nationalen Regierungen werden aufgrund der gar nicht rosigen wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven in Europa in der Zukunft zunehmend unter Druck geraten. Sie sitzen zwischen zwei Stühlen: Einerseits wollen sie die gemeinsame Währung, andererseits steigt im eigenen Land der Druck wirtschaftlich gegenzusteuern.

Mit der Einführung des Euro haben die nationalen Regierungen aber wichtige ökonomische Instrumente aus der Hand gegeben. Solange die

viel Vereinendes unter den Euro-Staaten. Neben der tiefen politischen Krise mit dem Kommissions-Skandal gibt es unterschiedlichste Positionen zur Osterweiterung, zu Höhe der Beiträge einzelner Staaten, zur Balkankrise, zur Nato. Von einem europäischen Staat, einer einheitlichen Politik kann keinesfalls die Rede sein. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß der Euro in der jetzt offiziell dargestellten Form bis 2002 tatsächlich überlebt. Wahrscheinlicher ist, daß einzelne Staaten ausscheren und bestenfalls eine erweiterte DM-Zone, an der Österreich durchaus beteiligt sein kann, übrigbleibt.

Was bedeutet ein Zusammenbruch?

Das Scheitern des Euro wird aber auch mit massiven politischen Konsequenzen verbunden sein. Der Wegfall des Euros löst kein einziges der sozialen Probleme. Die Euro-Parteien – daß sind in Österreich die ÖVP, aber vor allem auch die SPÖ – werden in die Krise geraten, rechtspopulistische und nationalistische Parteien (FPÖ und „Schillingschützer“) werden davon profitieren. Der Zusammenbruch des Euro wird mit wachsendem sozialen Protest verbunden sein. Insgesamt wird sich die

pitalistischer Basis ist die einzige tatsächliche Vereinigung jene der Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen, die Jugendlichen und die sozial Schwachen. In einem Europa aber, indem die Monopole und die Großunternehmen vergesellschaftet werden und demokratisch von und für die arbeitenden Menschen verwaltet werden, ist eine friedliche, soziale, demokratische, also eine sozialistische Gesellschaft möglich.

Euromarsch 29. Mai 1999 in Köln
Anmeldung bei der SOV
unter 01-524 63 10



Vorwärts Extra
Magazin der SOV
Schwerpunkte der 1. Ausgabe:
- Globale Krise
- Internationaler Widerstand
- Arbeitslosigkeit
- Rußland
- Gründungskongreß der IV. Internationale

(erhältlich um öS 30,- inkl. Porto im SOV-Büro)

Forschung

Kapitalspritze Medizin

Will man diversen Medikamentenwerbungen und Ärzteserien Glauben schenken, so würde der Schluß auf der Hand liegen: Medizin und Pharmaindustrie streben ausschließlich unser Wohl an. Doch Geld regiert (auch hier) die Welt: Rentabilität bzw. unverhohlenen Profistreiben sind die bestimmenden Faktoren in Gesundheitssystem und medizinischer Forschung.

Gustav Nowotny
SOV Wien-West

Aber gerade das Profistreiben in der Forschung ist keineswegs eine Ausgeburt der 90er; nur werden in aller Regel nur besonders spektakuläre Fälle bekannt. Wie z.B. der noch aus den Fünfzigern datierende Fall einer amerikanischen Krebspatientin, der – wie in solchen Fällen üblich – Tumorzellen zur weiteren Untersuchung entnommen wurden. Die Zellen erwiesen sich auch außerhalb des Körpers außergewöhnlich widerstandsfähig, überlebten und vermehrten sich weiter. Ohne die Patientin zu informieren, wurden die gewonnenen Kulturen dieser „HeLa“-Zellen (die Bezeichnung stammt vom Namen der Patientin) an die Pharmaindustrie verkauft. Durch Forschung an den „HeLa“-Zellen (die bis heute existieren) konnten sog. „Zytostatika“ (Medikamente, die das Wachstum von Krebsgeschwulsten hemmen) entwickelt werden, die heute unverzichtbarer Bestandteil nahezu jeder Krebstherapie sind und ihren Erzeugern satte Gewinne einbringen. Die Angehörigen der Patientin haben von diesem Geld keinen Groschen bekommen. Waren solche Vorfälle schon schlimm genug, so treibt die Profitgier der Pharmahersteller mittlerweile schon perverse Blüten.

Forschung – gegen, statt miteinander

Einzelnen Konzerne betreiben nebeneinander Aids-Forschung, ohne die Forschungsergebnisse untereinander auszutauschen bzw. drosseln die Investitionen in diesem Bereich, weil Aids-Hellmittel oder -Impfstoffe nicht genug Profit versprechen. Andererseits wird bei gewinn-

trächtigen Projekten keine Sekunde gezögert, sie möglichst rasch zu „verwursen“. So geschehen im August 1998, als am Institut für Mikrobiologie und Genetik der Uni Wien die Möglichkeit einer „Impfung“ gegen Krebs in greifbare Nähe rückte. Über Jahre hinweg war an dieser Impfung – durch Steuergelder finanziert – geforscht worden. Kaum waren konkrete Ergebnisse da, wurde vom Institutsvorstand Prof. Alexander von Gabain sowie vom



Kann man Geld doch essen?

Vorstand des Instituts für molekulare Pathologie (ein Forschungsinstitut des Pharmakonzerns Boehringer-Ingelheim), Max Birnstiel, wieder mit Unterstützung aus Steuergeldern, die Firma „Intercell“ gegründet. Diese wird nun quasi den Rahmen der universitären Forschung abschöpfen. Daß den Firmengründern ausschließlich am Wohl der Menschheit gelegen ist, darf bezweifelt werden.

Ein weiterer Grund, um an den salbungsvollen Worten der Pharmazeugern zu zweifeln, ist die auch in Österreich wachsende Zahl der sog. OTC („Over the Counter“-Medikamente, die in Zusammenarbeit mit

ÄrztInnen und Kassen rezeptfrei gegeben werden. Das neoliberale Schlagwort „Eigenverantwortung“ taucht auch in diesem Zusammenhang wieder auf – mit „Selbstmedikation“ sollen die Menschen ihre Alltagsleiden kurieren. Das dadurch entstehende hohe Risiko des massiven Medikamentenmißbrauchs wird in den Broschüren und Fachblättern verschwiegen. Doch ist auch dies nur ein Mosaiksteinchen im Gesamtbild „Abbau des öffentlichen Gesundheitssystems/ Festigung der Klassenmedizin“. Klassenmedizin bedeutet konkret: (schlechter werdende) medizinische Basisversorgung für die breite Masse, Spitzenmedizin mit allen Feinheiten nur für Privilegierte (d. h. PatientInnen mit Zusatzversicherung, PrivatpatientInnen etc.). Eine Ungerechtigkeit, der zu allem Überdruß auch Teile der Ärztschaft unverschämten Beifall spenden – kein Wunder, können doch auch sie sich ein großes Stück vom Privatversicherung/-honorarskuchen abschneiden.

Ärzte „schneiden“ mit

Bekannt werden auch hier nur die wirklich spektakulären Fälle, z. B. wenn ein Primärarzt Patienten aus seiner Privatordination in einem öffentlichen Spital behandeln läßt und gleichzeitig die vollen Privathonorare kassiert. Diesem von Profitgier und Zynismus geprägten „Gesundheitssystem“, in dem scheinbar manche PatientInnen gleicher sind als andere, erteilt die SOV eine klare Absage. Wir fordern eine einheitliche Krankenversicherung, die allen PatientInnen die gleiche bestmögliche Versorgung garantiert. Sämtliche Hersteller von Medikamenten und medizinischen Bedarfsartikeln müssen vergesellschaftet sowie alle Privatkliniken und Arztpraxen in das öffentliche Gesundheitssystem integriert werden. So könnte auch die Medizin endlich auf ihren eigentlichen Zweck – den Kampf gegen Krankheit und Tod – zurückgeführt werden.

Sport

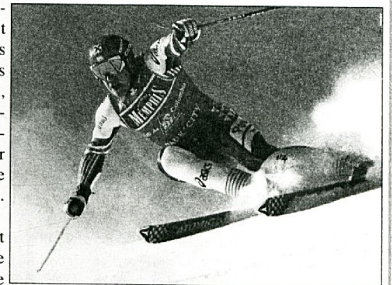
Wir sind wir

Endlich können WIR wieder stolz auf Österreich sein: Das österreichische Ski-Team eilt angeführt von „Meißi“ und „Herminator“ von Sieg zu Sieg. Jeden Tag aufs Neue können wir es bis zum Abwinken in Kronen Zeitung, Täglich Alles und ORF lesen bzw. sehen, wie gut WIR sind. Die österreichische Seele lacht...

Katja Arthofer
SOV Wien-Mitte

Vor allem die der österreichischen Unternehmer. Denn, wenn das Ski-Team erfolgreich ist, steigt die Anzahl der „Reserve-Hermis“ und somit die Umsätze: Das Snow-Business (Ski-Industrie, Fremdenverkehr,...) erwirtschaftet dieses Jahr die Rekordsumme von 170 Mill. Schilling.

Doch das ist nicht der einzig positive Effekt der Erfolge „unsere Ski-Asse“.



Wir sitzen vor den Fernsehapparaten und identifizieren uns mit den strahlenden Siegern. Man kann teilhaben am Erfolg und fühlt sich gestärkt. Und das in einer Zeit, wo die durchschnittliche ÖsterreicherIn nichts zu feiern hat: Die Folgen der Sparpakete sind für die kleine Frau und den kleinen Mann deutlich spürbar, die Arbeitslosigkeit liegt mit 7,1 % auf einer Rekordmarke, durch Pleiten und Schließung von Kaindl, Schu-Ski, Bärenbatterie ... verlieren viele weitere ihren Arbeitsplatz. Obwohl wir also zu den Verlierern gehören, wird

uns über die Erfolge von Maier & Co suggeriert, daß wir eigentlich Gewinner seien...

Der „Nationalstolz“ wird über sportliche Leistungen immer wieder aufgebaut und damit wird von

den eigentlichen Problemen abgelenkt. Gesellschaftliche Gegensätze werden überdeckt: Wir sollen glauben, daß wir mit den österreichischen Skimultimillionären mehr gemein haben, als mit türkischen, jugoslawischen, ... ArbeiterInnen und Jugendlichen. Dafür wurden und werden erstere ja sogar durch Steuervergünstigungen belohnt.

Weniger ins Konzept passen dann allerdings die Gesundheits- und Umweltschäden, die der Spitzensport mit sich bringt...

SOV-Seminare

Seminar I: 27./28. März (Wirtschaft & Politik)

Seminar II: Pfingsten 22. bis 24. Mai

Sommerncamp 8 bis 14. August „10 Jahre danach“ im Norden der tschechischen Republik

Genauere Infos und Anmeldungen unter Tel. 01-524 63 10

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren GEWERKSCHAFTS-

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau, Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für Sozialismus!

Die SOV interessiert mich, ich möchte:
○ zu Veranstaltungen eingeladen werden
○ Mitglied der SOV werden

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:

Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

- ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
- ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
- Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
- „Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen“ (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)



8.2. „Das Beschäftigungsprogramm der KPÖ“ mit Kurt Luttenberger KP-Steiermark; Gewerkschaftsstammtisch

9.2. „Nationalismus - die Gefahr des 21. Jahrhunderts?“ 19.30 OG-Nord

12.2. „Die Rolle der Frauen beim 12. Februar 1934“ 19.00 OG-West

17.2. „Die Linke und das Superwahljahr 1999“ 18 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftg.8

16.2. „Der Nahe Osten von Israel bis Irak: Ursachen und Lösungsansätze der Krise“ 20.00 OG-Süd

23.2. „Chile 1973-99: Zwischen Putsch und Wirtschaftswunder“ mit Vilma Alvarez Parada, 18.30 Amerlinghaus, 7.; Stiftg.8

24.2. „Chile 1973-99: Zwischen Putsch und Wirtschaftswunder“ mit Vilma Alvarez Parada, 18.30 Graz, Karl-Drewsclub, Volkshaus, Lagergasse 98a

24.2. „Der Euro“, 19.00 OG-Mitte

Termine

Chile



**Neues
aus dem
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Griechenland

SchülerInnenproteste

Seit nunmehr mehreren Monaten protestieren, demonstrieren SchülerInnen in ganz Griechenland gegen die „Bildungsreform“ der Regierung. Gegen den Unterricht in Containern, die schon mal vom Wind verweht werden und gegen die Verschärfung der Staatsexamen, die bereits jetzt massenartigen Prüfungsterror bedeuten. Die Proteste im November haben zwar Tradition, aber diese sind radikaler und dauerhafter als in der Vergangenheit. Xekinima, die griechische Sektion des CWI, ist vor allem bei den Schulbesetzungen vorne dabei und stellt Verbindungen zu SchülerInnenprotesten in anderen Ländern her.

Irland

„Er ist die Opposition“

Joe Higgins, Abgeordneter der Socialist Party, der irischen Sektion des CWI im Dail (Parlament) ist kein „normaler“ Abgeordneter. Nicht nur, daß er vom Abgeordnetegehalt nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhält und den Rest in einen Fonds zur Unterstützung von Arbeitskämpfen einzahlte, tritt er im Parlament mit Handschellen auf, um auf die Verhaftung von streikenden Bauarbeitern hinzuweisen. Selbst der „Irish Independent“ muß zugeben: „Joe Higgins hat den Sinn für Ungerechtigkeit an diesen Platz (das Parlament) gebracht...Er ist einer der wenigen TDs (Abgeordneten) die Entrüstung gezeigt haben über ein Parlament, das bereit ist, die Verhaftung von Bauarbeitern zu ignorieren, die streiken...Er ist die Opposition.“

Israel/Palästina

Neue ArbeiterInnenpartei gegründet

Im Aufbau neuer, wirklicher ArbeiterInnenparteien sieht das CWI eine der wichtigsten Forderungen und Aufgaben auf der ganzen Welt. In Israel/Palästina kam es Ende Jänner zur Gründung von „Am Echad“ (Eine Nation), einer neuen ArbeiterInnenpartei. 1500 TeilnehmerInnen, v.a. von den ArbeiterInnenkomitees nahmen am Gründungstreffen teil. Themen waren die zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit, der schlechte Zustand des Bildungswesens und Gesundheitswesens und die Privatisierung. Viele SprecherInnen, wie der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Histadruth, betonten wie wichtig die Einheit von ArbeiterInnen aus verschiedenen Sektoren v.a. von Arabern und Juden sei.

Exklusivbericht aus Kasachstan

Multis mischen mit

Keinesfalls überraschend war am 10.1.99 die Wiederwahl Nursultans Nasabardew zum Präsident Kasachstans. Der selbsternannte „Führer der Steppen“ gewann 82% der Stimmen, während 12% an den kommunistischen Bewerber Abdildin und 5% an zwei andere Bewerber gingen, die beide Handlanger Nazarbajew sind.

von einem Mitglied der
GUS-Sektion des CWI

Nasabardew hatte vorgesorgt: Die Wahlkommission nominierte er, die Massenmedien stehen unter Kontrolle seiner Tochter. Kurz vorher wurde die 50% Hürde (bei der Wahlbeteiligung) entfernt aus Angst vor Wahlboykott. Dem wichtigsten bürgerlichen Gegner, Ex-Premierminister Kazhegeldin, wurde unter einem Vorwand die Kandidatur untersagt.

Dieses letzte Manöver war selbst den westlichen Beobachter zuviel. Sie hatten aus Angst, daß eine Fortsetzung von Nasabardews Regierung zu sozialen Explosionen wie in Indonesien führen würden, Kazhegeldin unterstützt. Dessen Programm unterstützte sich aber nur geringfügig. Die Beobachter wurden abgezogen und die USA äußerten Protest.

Tatsächlich ist ihre Sorge um Demokratie aber begrenzt. Nicht ein Wort des Protestes war zu hören, als Madel Ismailow (ein CWI-Unterstützer) zu einem Jahr Haft verurteilt wurde für „Unterbrechen des Präsidenten“. Sie schwiegen, als letztes Jahr Ionur Kurmanov (CWI-Mit-

glied) und Sergei Kolokolov (der inzwischen an den Folgen seiner Mißhandlung im Gefängnis starb) für 5 Monate eingekerkert wurden.

Nasabardew ließ die Wahl zwei Jahre vorziehen, da er spürte, wie seine Unterstützung schwand. Kasachstan ist heute, nachdem der Großteil seiner Industrie als Ergebnis des irrwitzigen und korrupten Privatisierungsprogramms zerstört worden ist, vom Verkauf von Öl und anderen Rohstoffen abhängig. Seit dem Ausbruch der Asienkrise sind deren Preise in den Keller gefallen. Schon sagen Ökonomen einen Absturz der Währung, des Tenge, voraus.

Aber die herrschende Elite in Kasachstan ist auch durch die Streikwelle, die Rußland letzten Sommer erschütterte, beunruhigt und befürchtet, daß sich diese in Kasachstan wiederholen könnte. Auch daher vorgezogene Neuwahlen, um nach diesen das „Problem“ ArbeiterInnen in Angriff nehmen zu können.

Ein Teil der ArbeiterInnenklasse, der PensionistInnen, der verarmten Kleinrentner und ein großer Teil der Arbeitslosen stimmten für den Kpler Abdildin. Sie taten dies trotz der an-

ti-kommunistischen Kampagne des Regimes aus Protest gegen die soziale und wirtschaftliche Situation.

Innerhalb der KP gab es Diskussionen darüber, ob man bei dieser Wahl antreten sollte, da die Wahlordnung undemokratisch ist und der Staat verschiedenste repressive Maßnahmen einsetzt, um eine wirksame Kampagne der Opposition zu verhindern.

Letztlich entschied die KP zu kandidieren. Aber viele Mitglieder waren von Abdildins Programm enttäuscht. Er sprach sich für eine gemischte Wirtschaft aus, für „ehelichen“ Kapitalismus. Anstatt für eine wirkliche Demokratisierung von Kasachstan, argumentierte er für abstrakte parlamentarische Demokratie. „Es wäre besser gewesen, wenn Madel Ismailow kandidiert hätte – er wäre seinen Ideen treu geblieben und wäre ein sehr viel linkerer Kandidat gewesen“ sagen viele KplerInnen. Aber er wird nicht vor Februar aus dem Gefängnis entlassen. Trotzdem zeigt die Unterstützung, die Abdildin erhielt, daß im Moment die KP die einzige lebensfähige Opposition ist.

Dort wo eine klarere Klassenposition gezeigt wurde, wie z.B. in Ural, wo Ionur Kurmanov Wahlkampfleiter war, konnte die KP weit größere Erfolge verzeichnen: Offiziell über 30%. UnterstützerInnen der KP, die in den Wahlbüros arbeiten, verzeich-



CWI-Mitglied Ionur

neten über 40%. Die Basis für sozialistische Ideen wurde gestärkt worden und der Boden für die kommenden Parlamentswahlen vorbereitet.

Aber wird die KP weiter den Weg gehen, der von Abdildin eingeschlagen wurde, oder wird sie fähig sein, die Basis für die Entwicklung einer neuen echten ArbeiterInnenpartei zu bilden? Trotz ihrer halbherzigen Proteste unterstützen der Westen und die russische Bourgeoisie Nasabardew, den sie als Garant für die Interessen der Multis sehen.

Die Wahlen zeigten daß die Opposition zu seiner Herrschaft anwächst. Unter Jugendlichen und in den Gewerkschaften gibt es eine Radikalisierung wie bei den Bergarbeitern in Ekibastusa.

Stellungnahme des CWI zum US-Überfall auf den Irak

„Imperialismus raus!“

Am 16. Dezember 1998 griffen US-amerikanische und britische Einheiten vermeintliche Waffenanlagen im Irak an. Seither ist die Region nicht zur Ruhe gekommen, weiter Angriffe drohen. Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) verfaßt im Dezember 1998 eine Stellungnahme, welche die Angriffe als imperialistische Machtdemonstration verurteilt, die noch immer aktuell ist.

Martin Birkner faßt
die Stellungnahme
des CWI zusammen

Wie die Bombenangriffe auf Afghanistan und den Sudan im August, hängen die jetzigen Angriffe auf den Irak mit dem Amtsenthebungsverfahren Clintons zusammen. Sie sind auch ein weiterer Versuch der Supermacht USA, die „globalen Muskeln“ spielen zu lassen.

Tausende irakische Männer, Frauen und Kinder leiden schon unter den Folgen der Sanktionen und nun kommt die Gefahr hinzu, daß es noch mehr Tote und Verletzte gibt. Die Aussage, den von Saddam unterdrückten Menschen im Irak mit den Angriffen helfen zu wollen, ist blanke Zynismus, denn die UN-Sanktionen betreffen die irakische Zivilbevölkerung tagtäglich. Am Ende des Iran-Irak-Krieges 1988 hatte der Irak ein Pro-Kopf-Einkommen von etwas unter 4.000 Dollar/Jahr. 1995 war dieses auf 330 Dollar gesunken. Zwischen 1990 und 1994 ist die Kindersterblichkeitsrate von 25 auf 92 pro 1.000 Geburten gestiegen. Insgesamt wird geschätzt, daß 1,2 Millionen Irakis infolge der Sanktionen gestorben sind.

Die Regierungen der USA und Britanniens behaupten, die Angriffe seien eine Antwort auf die angebliche Behinderung der Arbeit von Uncom (UN-Sonderkommission) durch den Irak, die in dem Bericht des Chefinspektors Richard Butler an den UN-Sicherheitsrat vom 15.12. ausgeführt wird. Die Angriffe wurden jedoch gestartet, bevor der Bericht überhaupt im Sicherheitsrat diskutiert wurde. In Butlers Bericht drehen sich die Auseinandersetzungen zwischen Uncom und den irakischen Behörden jedoch hauptsächlich um Dokumente und die Durchsuchung der Regionalbüros der herrschenden Baath-Partei, nicht um Waffenanlagen. Selbst in den USA stehen Teile der herrschenden Klasse der jüngsten Angriffswelle skeptisch gegenüber.

Weitsichtiger kapitalistische Strategen analysieren, daß diese Bombenoffensive die Stellung des US-Imperialismus in der Region nicht verbessern, ja langfristig seinen Einfluß sogar schwächen wird. Die Golfkriegskoalition existiert nicht mehr: Die USA agiert(e) relativ isoliert.

Die neueste imperialistische Angriffswelle wird in der arabischen Welt unvermeidlich zu einer weite-

ren Radikalisierung führen, in deren Folge es durchwegs zum Anwachsen der Unterstützung für religiös-fundamentalistische Bewegungen kommen kann. Ohne Zweifel ist Husseins Regime eine der brutalsten Diktaturen der Welt, die auf systematischer Unterdrückung unter dem Einsatz von Folter und der Ermordung von Oppositionellen beruht. Ursprünglich baute Saddam jedoch seinen polizeilich-militärischen Repressionsapparat mittels massiver Unterstützung seitens der USA und Europas auf, die ihn gegen Khomeinis Iran, ihren damaligen Hauptfeind in der Region, aufbauten. Als Saddam 1988 chemische Waffen gegen die Kurden einsetzte, schwieg der Westen.

Trotz schöner Worte haben die Vereinten Nationen real wieder einmal

ihre völlige Unfähigkeit bewiesen. So versuchen die imperialistische Großmächte zwar, die Vereinten Nationen als demokratisches Mittelchen für ihre militärischen Operationen zu benutzen, ist dies aber nicht möglich, agieren sie dennoch nach ihren Interessen. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß die UNO selbst irgendeine wirkliche Alternative anbieten könnten. Wirkliche Veränderungen in dieser Welt, Opposition zu Unterdrückung und Armut und Widerstand gegen das Diktat des Imperialismus, kann nur durch die Bewegung der arbeitenden Menschen entstehen, geführt von der ArbeiterInnenklasse, mit dem Ziel der Überwindung des kapitalistischen Systems und dem Beginn des Aufbaus des Sozialismus.

Forderungen des CWI:

- Imperialismus raus aus dem Nahen Osten, Abzug aller imperialistischen Truppen
- Verstaatlichung aller Besitztümer der USA, Britanniens und anderer imperialistischer Staaten im Mittleren Osten
- Unterstützung des Kampfes der ArbeiterInnen und der Unterdrückten im Irak gegen Saddams Diktatur
- Unterstützung aller Kämpfe im Nahen Osten für demokratische Rechte
- Für das Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen und PalästinenserInnen!
- Für eine Alternative der ArbeiterInnen und der armen BäuerInnen zum palästinensisch-israelischen „Friedensprozeß“!
- Die Reichtümer des Nahen Ostens müssen von der ArbeiterInnenklasse und den ausgebeuteten Massen besessen, kontrolliert und verwaltet werden - auf der Basis einer sozialistischen geplanten Produktion im Interesse der Mehrheit, nicht im Interesse der lokalen Eliten und des Imperialismus.
- Für eine sozialistische Föderation im Nahen Osten!

Stoppt die FPÖ!



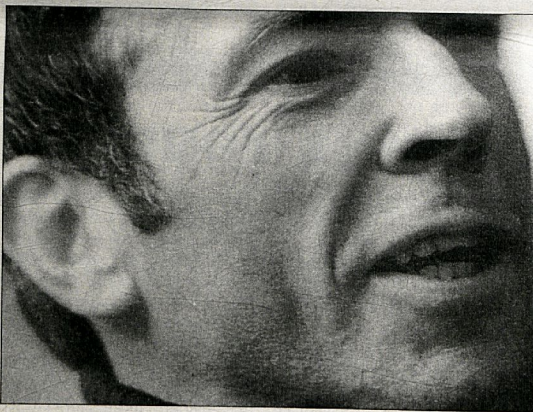
Das Problem FPÖ erledigt sich offensichtlich nicht von selbst - es muß aktiv bekämpft werden. Zu Beginn des Superwahljahres 1999 steht die FPÖ stabil bei rund 20 Prozent, in Kärnten hat sie sogar gute Chancen Nummer 1 zu werden. Dabei hat sich erst jüngst wieder erwiesen, daß Rosenstingel kein Einzelfall war: Meischberger - immerhin bis vor kurzem 2. Mann hinter Haider - wurde ebenfalls wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten verurteilt.

John Evers
SOV Wien-Mitte

Kinderbetreuungsscheck heißt
Sozialabbau

Kärnten ist eines der ärmsten Bundesländer der Republik. Über Jahrzehnte hat eine korrupte SPÖ-Bürokratie allmächtig über Land und Leute bestimmt. Eine „Besonderheit“ war hier die - vor allem auch dem letzten „echten“ SPÖ-Landesfürsten Leopold Wagner „gepflegte“ - Feindschaft gegenüber der slowenischen Minderheit. Gleichzeitig hatte die SPÖ-Führung nie ein Problem mit dem Naheverhältnis vieler Funktionäre zu den großen rechtsextremen Organisationen wie z.B. dem Kärntner Heimatdienst. Kein Wunder, daß in diesem „Biotop“ die FPÖ - schon vor Haider - stets ein Faktor in der Landespolitik war und Kärnten später ein Experimentierfeld für Haider's Politik wurde. Auch im jetzigen Wahlkampf spielen traditionell rechte Themen eine Rolle: Haider hat angekündigt, sich wiederum gegen die angeblich „drohende Slowenisierung Kärntens“ zu wenden (Format 2/99). Die SPÖ versucht, das „auszugleichen“, indem sie ihren Rechtsblinker - Ex-Landeshauptmann Wagner („Ich kann kein Wort slowenisch“) - in den Wahlkampf einschaltete.

„Kinderbetreuungsscheck“ lautet das Zauberwort, mit dem die FPÖ im



Sein wahres Gesicht?

Kärntner Wahlkampf die anderen Parteien vor sich herreibt. Das FPÖ-Erfolgsgeheimnis steckt einzig in der Reaktion (vor allem) von SPÖ und ÖVP: Gemäß ihrer Sozialabbau- und Sparpaketpolitik stellen beide Parteien nur die Finanzierung eines

solchen „Schecks“ in Frage. Tatsächlich steckt hinter dem FPÖ-Vorschlag ein klares Konzept: Die Möglichkeit mit diesem Scheck entweder eine Betreuungseinrichtung zu nutzen oder aber zu Hause zu bleiben, wird den Druck auf Frauen, wieder „Kinder zu hüten“, gerade im Niedriglohnland Kärnten dramatisch verstärken. Gleichzeitig ist es ein Konzept, mit dem - wie die FPÖ zugibt - offensiv staatliche Infrastrukturen zurückgebaut werden sollen:

Wels: Braunen Sumpf trockenlegen

„Für den sofortigen Rücktritt von Bregartner und Stadtregierung - keine Vetträge und kein Geld für den Rechtsextremismus! Mehr Geld für die Jugend - selbstverwaltete Jugendzentren!“ so lauten die Forderungen der Februar-Kampagne der SOV-Oberösterreich.

Bürgermeister Bregartner und sein Clan sind seit vielen Jahren dafür verantwortlich, daß der deutschnationale ÖTB (Österreichische Turnerbund) insgesamt viele Millionen an Steuergeldern bekommt. Ewiggestrigen der Waffen-SS wird von ihm ein seriöses Anstrich gegeben, der rechtsextreme Unternehmer Reinthaler wird durch lukrative Flohmärkte auf dem Welscher Messengelände finanziert.

Für selbstverwaltete Jugendzentren ist allerdings kein Geld da! Aufmüßige InteressensvertreterInnen wie zum Beispiel Frau Landauer von der Mieterinitiative werden von SPÖ, ÖVP und FPÖ delogiert. Genug ist genug - die gesamte Stadtregierung aus SPÖ, ÖVP und FPÖ mit dem Multifunktionär Bregartner an der Spitze ist untragbar und muß weg!

Vor allem FPÖ und ÖVP führen seit Jahren gegen das Kulturzentrum Alter Schlachthof einen regelrechten Kulturkampf und verunglimpfen Linke und AntifaschistInnen. Und trotz intensiver Proteste in ganz Österreich, hat Bregartner die Vetträge mit dem Rechtsextremisten Reinthaler weiter verlängert.



Bregartner im braunen Sumpf

SOV aktiv

Wir sagen Bre und Co den Kampf an! Im Februar gibt es wöchentlich Straßenaktionen mit dem Ziel die braunen Sümpfe trocken zu legen.

Interesse mehr über uns zu erfahren?

Wir treffen uns jeden Samstag um 14.00 Uhr Hotel Kiew in der Stelzhammerstraße.

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld was wir wollen ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbe-

- reich eine Ausbildungs-offensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
 - Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einer repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparatur, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitneh-

- merschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.

- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.